



Landratsamt Fürth
Amtsperiode 2020/2026

Niederschrift über die öffentliche 13. Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungsdatum: Montag, 04.07.2022
Beginn: 08:30 Uhr
Ende: 09:35 Uhr
Ort: Landratsamt Zirndorf, Im Pinderpark 2,
Besprechungszimmer 2.12

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Landrat Dießl, Matthias

Ausschussmitglieder

Kreisrat Biegel, Friedrich

Kreisrat Bischoff, Michael

Kreisrat Habel, Jürgen, 1. Bürgermeister

Kreisrat Höfer, Bertram, 2. Bürgermeister

Vertretung für Frau Adelheid Seifert

Kreisrätin Huber, Birgit, 1. Bürgermeisterin

Kreisrat Löbel, Christian

Kreisrätin Löschner, Isabell, Dr.

Kreisrat Obst, Bernd, 1. Bürgermeister

Kreisrat Pleyer, Claus-Georg

Kreisrat Redlingshöfer, Richard

Vertretung für Frau Renate Krach

Kreisrat Schikora, Norbert, 2. Bürgermeister

Kreisrat Zwingel, Thomas, 1. Bürgermeister

Schriftführer/in

Greger, Yvonne Verwaltungsangestellte

Verwaltung

Döhler, Jörg Verwaltungsamtmann

Eckmüller, Martina Gesundheitsregionplus

Egerer, Klaus Dipl. Ing. (FH) M.Eng. Architekt

Knoll, Benjamin Verwaltungsamtmann

Kohler, Martin Verwaltungsamtsrat

König, Sandra Projektmanagerin

Maurer, Marco Verwaltungsamtsrat

Santowski, Alexander Pfaller Ingenieure GmbH & Co.KG

Scholl, Sophia M.A. Architektur

Thirmeyer, Stephan Regierungsdirektor

Trexler, Wolfgang Diplom-Volkswirt (Univ.)

von Ey, Ulrich von Ey Architektur PartG mbB
Waimer, Alexander von Ey Architektur PartG mbB

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Kreisrätin Krach, Renate
Kreisrätin Seifert, Adelheid

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 1 Genehmigung der Niederschrift über die 12. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 16.05.2022 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage
- 2 Mitteilungen
- 2.1 Ausschreibung Gas und Strom für landkreiseigene Liegenschaften **086/2022**
- 2.2 Suche nach einem Endlager für hoch radioaktive Abfälle in Deutschland - aktueller Stand **090/2022**
- 3 Erweiterung Landratsamt; Vorstellung der aktuellen Planung mit Kostenberechnung **068/2022/1**
- 4 Änderung der Gebührenordnung für Feldgeschworene (Erhöhung des Gebührensatzes für die Feldgeschworenen) **024/2022**
- 5 Kostenbeteiligung VGN-Linie 719 **079/2022/1**
- 6 Modellprojekt Gesundheitsregion plus; Antrag auf Weiterführung **069/2022**
- 7 Bewerbung Förderprogramm Heimat digital **084/2022**
- 8 Personalangelegenheiten
- 8.1 Personalangelegenheiten; Stellenmehrung im Sachgebiet 32 - Personenstands-, Ausländerwesen, Staatsangehörigkeit **064/2022**
- 8.2 Personalangelegenheiten; Stellenmehrung im Sachgebiet 23 - Sozialwesen **087/2022**
- 9 Anfragen

Landrat Matthias Dießl eröffnet um 08:30 Uhr die 13. Sitzung des Kreisausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest. Gegen die Tagesordnung bestehen keine Einwendungen.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 12. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 16.05.2022 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage

Gegen die Niederschrift über die 12. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 16.05.2022 und die Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage bestehen keine Einwendungen.

Einstimmig beschlossen Ja 11 Nein 0

TOP 2 Mitteilungen
TOP 2.1 Ausschreibung Gas und Strom für landkreiseigene Liegenschaften

Auf Nachfrage von **Kreisrat Christian Löbel** (Die Linke/ÖDP) antwortet der **Vorsitzende**, dass der Landkreis auch bisher schon 100 Prozent Ökostrom für seine Liegenschaften bezieht. Künftig soll jedoch der Ökostrom mindestens zur Hälfte aus Neuanlagen kommen, die nicht älter als 6 Jahre sind, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu fördern.

8:32 Uhr Kreisrätin Birgit Huber kommt zur Sitzung

TOP 2.2 Suche nach einem Endlager für hoch radioaktive Abfälle in Deutschland - aktueller Stand

Kreisrat Norbert Schikora (B'90/Die Grünen) wünscht Informationen, welche Gebiete des Landkreises noch als Endlager-Standort in der Betrachtung sind. Der **Vorsitzende** antwortet, im Moment seien noch alle Gebiete enthalten, die aber nach Erkenntnissen der Fachbegleitung wohl als ungeeignet angesehen werden.

TOP 3 Erweiterung Landratsamt; Vorstellung der aktuellen Planung mit Kostenberechnung

Auf Nachfrage **Kreisrat Bernd Obst** (CSU) informiert der **Vorsitzende** zum Anstrich der Holzfassade, mit dem der natürliche Vergrauungsprozess vorweggenommen werden soll. Dadurch erscheint das Holz regelmäßiger und einheitlicher und wittert über die Jahre regelmäßig ab. Er betont, dass die Lasur zugleich auch Holzschutz sei.

Zum Anstrich der Holzbauteile im Innenbereich führt **Ulrich von Ey** (von Ey Architektur PartG mbB) aus, dass im Bürobereich alle Holzoberflächen eine weiße Lasur erhalten. Dabei handle es sich nicht um eine deckende weiße Lackierung. Die Holzstruktur bleibe auch nach dem Lasieren sichtbar und werde heller in der Erscheinung.

Auf eine Frage von **Kreisrat Michael Bischoff** (SPD) antwortet der **Vorsitzende**, dass in der Kostenschätzung von 39 Mio. Euro die Kosten für den Bau der Parkpalette in Höhe von ca. 3 Mio. Euro enthalten sind. Wenn auf die Parkpalette verzichtet werden kann, könne diese Summe nahezu vollständig eingespart werden. Zusätzliche Kosten entstehen für die dingliche Sicherung für die noch notwendigen Parkplätze auf einem benachbarten Grundstück. Diese An-

gelegenheit ist vom Gremium zu genehmigen. Ein Sonder-Kreisausschuss ist für Ende Juli geplant.

Außerdem möchte **Kreisrat Bischoff** wissen, ob es Überlegungen gibt, die ursprünglich auf der Parkpalette geplante Photovoltaik auf anderen Dächern zu platzieren. Der **Vorsitzende** antwortet, dass gerade die statischen Prüfungen für den Bau einer PV-Anlage auf dem Gebäude PP 4 durchgeführt werden. Außerdem hoffe man in vier Jahren auf leistungsfähigere Module, um PV-Anlagen noch effizienter zu machen.

Beschluss:

1. Die vorliegende Entwurfsplanung (Leistungsphase 3) wird zur Kenntnis genommen und als Grundlage zur Fortführung der Planung (Leistungsphase 4 - Genehmigungsplanung) freigegeben.
2. Die vorliegende Kostenberechnung (Leistungsphase 3) wird zur Kenntnis genommen und als Grundlage für die Fortführung der Planung freigegeben. Dabei soll sich diese den darin bezifferten Kosten unterordnen und sie nicht überschreiten.
3. Die Kosten, die über den Beschluss vom 27.09.2021 hinausgehen, sind im Haushalt 2023 mit den dazugehörigen Finanzplanungsjahren einzustellen.

Einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0

TOP 4 Änderung der Gebührenordnung für Feldgeschworene (Erhöhung des Gebührensatzes für die Feldgeschworenen)

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die in der Anlage beigefügte Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für die Feldgeschworenen des Landkreises Fürth zu beschließen.

Einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0

TOP 5 Kostenbeteiligung VGN-Linie 719

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der Kostenbeteiligung der VGN-Linie 719 ab dem Fahrplanwechsel im Dezember 2024 zu und beauftragt die Verwaltung die Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Ansbach dementsprechend anzupassen.

Einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0

TOP 6 Modellprojekt Gesundheitsregion plus; Antrag auf Weiterführung

Kreisrat Michael Bischoff (SPD) hebt die bisherigen Erfolge der GesundheitsregionPlus hervor, im speziellen die positive Resonanz der Bürger und Bürgerinnen auf die zielgruppenübergreifenden Bewegungsprojekte, aber auch im Bereich der Vernetzung der Gesundheitsakteure im Landkreis.

Kreisrat Bernd Obst (CSU) ergänzt, dass das Schwerpunktthema „psychische Gesundheit“ aktuell in allen Altersgruppen an Brisanz zunimmt und die Arbeit der GesundheitsregionPlus in diesem Themenfeld sehr wichtig ist.

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgende Beschlussfassung:
2. Der Landkreis verpflichtet sich für den Förderzeitraum 2023 bis 2027, vorausgesetzt die Förderung wird bis zu diesem Zeitpunkt bewilligt, die Gesundheitsregion^{plus} weiterzuführen und weiterhin damit verbundenen Verpflichtungen zu erfüllen.
3. Die Gesundheitsregion^{plus} wird beauftragt, einen Förderantrag für die Weiterführung der Geschäftsstelle von 2023-2027 fristgerecht zu stellen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel ab dem Jahr 2023 in den Haushalt einzustellen.
5. Im Stellenplan ab 2023 wird eine Vollzeitstelle der Entgeltgruppe 11 ausgewiesen.

Einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0

TOP 7 Bewerbung Förderprogramm Heimat digital

Kreisrat Thomas Zwingel (SPD) hat Bedenken, ob man diese Förderprogramme wirklich braucht. Hierfür anfallende Personalkosten würden nicht alleine am Landkreis hängen bleiben, sondern auch an den Gemeinden. Das Förderprogramm Heimat Digital Regional sei ein Paradebeispiel dafür.

Der **Vorsitzende**, erwidert, dass es sich hierbei um keine neue Stelle handelt. Mit dem Förderprogramm werde das auslaufende Förderprogramm Regionale Identität mit dem Schwerpunkt Digitalisierung fortgeführt. Er informiert über die fachliche Bewertung der Förderung und den Mehrwert für die Entwicklung des Landkreises. Die Digitalisierung werde in den nächsten Jahren immer wichtiger werden. Mit dem Förderprogramm habe der Landkreis die Möglichkeit, die Umsetzung digitaler regionaler Heimatprojekte im Landkreis mit finanzieller Unterstützung anzugehen.

Kreisrat Bernd Obst (CSU) sieht das Geld gut investiert, versteht aber auch die Bedenken von Kreisrat Zwingel. Das Förderprojekt könnte einen deutlichen Mehrwert für alle Kommunen des Landkreises generieren. So könnten im Bereich Digitalisierung Maßnahmen und Projekte umgesetzt werden, die von den Gemeinden nicht mehr geleistet werden müssen.

Kreisrätin Dr. Isabell Löschner (B'90/Die Grünen) befürwortet die Folgeförderung. Vor allem im Bereich der Wirtschaft und Berufsorientierung erachtet sie die Digitalisierung als wichtig und zukunftsweisend.

Kreisrat Friedrich Biegel (Freie Wähler) versteht die Bedenken von Kreisrat Zwingel in Bezug auf die Kosten der Stelle. Er weist aber gleichzeitig auf das Potential des Landkreises hin. Seiner Meinung nach könnten die kleinen Gemeinden gar nicht leisten.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer (AfD) findet die Arbeit anerkennenswert und befürwortet die Fortführung des Förderprogramms „Regionale Identität“ mit dem Schwerpunkt Digitalisierung. Dabei sei positiv, dass auf die bisherigen Erfahrungen aufgebaut wird und wegen Corona zurückgestellte Projekte wiederaufgenommen werden können.

Nach einem Hinweis von **Kreisrat Michael Bischoff** (SPD) wird der Beschlussvorschlag angepasst. Die Formulierung „unter der Voraussetzung der Förderung durch das BStMFH“ wird unter Punkt 2 eingefügt.

Über den **geänderten Beschluss** wird abgestimmt.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen:

1. Der Bewerbung um das Förderprogramm „Heimat-Digital-Regional“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag auf Förderung zu stellen und die entsprechenden Maßnahmen unter der Voraussetzung der Förderung durch das BStMFH bei der Planung des Stellenplans sowie des Budgets für die nächsten 3 Jahre aufzunehmen.

Mehrheitlich beschlossen Ja 11 Nein 1

TOP 8	Personalangelegenheiten
--------------	--------------------------------

TOP 8.1	Personalangelegenheiten; Stellenmehrung im Sachgebiet 32 - Personensstands-, Ausländerwesen, Staatsangehörigkeit
----------------	---

Kreisrat Michael Bischoff (SPD) merkt an, dass die SPD-Kreistagsfraktion den Stellenmehrungen aus drei Gründen zustimmt: Durchsetzung bestehenden Rechts, Fürsorgepflicht den Mitarbeitenden gegenüber in den genannten Bereichen sowie zeitnahe Hilfe und Unterstützung der betroffenen Menschen, die auf Leistungen und Entscheidungen angewiesen sind. Er bittet die Verwaltung um Einschätzung, ob die Stellen zeitnah besetzt werden können.

Marco Maurer (Personal, Organisation, Digitalisierung und Zentrale Dienste) erklärt, dass man die Stelle als „Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter Ausländerwesen“ schnell besetzen könne. Die Stellen im Sachgebiet 23 – Sozialwesen werden ausgeschrieben. Es sei nicht unüblich, dass manche Stellen mehrfach ausgeschrieben werden müssen.

Auf Nachfrage von **Kreisrat Thomas Zwingel** (SPD) antwortet **Marco Maurer**, dass die Stelle im Ausländerwesen eine Stelle als Verwaltungsfachangestellte ist.

Kreisrat Bertram Höfer (CSU) unterstützt ausdrücklich die Stellenmehrungen. Er sieht die zusätzlichen Stellen auch als Prävention den Mitarbeitern gegenüber.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer (AfD) kritisiert, dass der Landkreis die Verantwortung für die Finanzierung nationaler und internationaler Entscheidungen übernehmen muss. Er möchte wissen, ob der Landkreis für die Stellenmehrungen von Bund und Land Kostenersatz erhält und ob die Stellenschaffung im Bereich Sachbearbeitung Soziale Hilfen im Zusammenhang mit Leistungen an Ukraine-Geflüchtete stehe. Über die Stellenmehrung des Arbeitsbereichs Betreuungsstelle möchte er separat abstimmen.

9:29 Uhr Kreisrat Richard Redlingshöfer kommt zur Sitzung

Der **Vorsitzende** erläutert die unterschiedliche personelle Zusammensetzung des Hauses (kommunale und staatliche Angestellte und Beamte) und dass jeder Landkreis im Rahmen des Finanzausgleichs eine Erstattung für das Staatspersonal erhält. Die Personalkosten laufen zudem auch beim Staat. Aufgrund von Erhebungen bei den Landkreisen in den letzten Jahren hat sich aber herausgestellt, dass hier eine zunehmende Kostenunterdeckung bei den Landkreisen

zu verzeichnen ist. Eine diesbezügliche Erhöhung der Kostenerstattung ist deshalb Forderung an die kommunalen Spitzenverbände im Rahmen der Verhandlungen zum Finanzausgleich. Zur Stellenschaffung im Bereich Sachbearbeitung Soziale Hilfen erklärt **Stephan Thirmeyer** (Kommunales, Soziale Angelegenheiten, Gesundheitsförderung, Jugend und Familie), dass das im Moment ein wesentlicher Teil des Geschäfts sei. Über einen größeren Zeitraum betrachtet gebe es aber einen allgemein aufwachsenden Trend vor allem von SGB XII-Leistungsbeziehern, die mit dem Renteneintritt der geburtenstarken Jahrgänge der 1950 und 1960er Jahren zusammenhingen. Hiervon sei maßgeblich die einheimische Bevölkerung betroffen.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag wie folgt zu beschließen:

Im Stellenplan 2022 wird ab 01.08.2022 eine unbefristete Stelle als „Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter Ausländerwesen“ im Umfang von 1,0 Vollzeitäquivalenten in Entgeltgruppe 9a TVöD geschaffen.

Mehrheitlich beschlossen Ja 12 Nein 1

TOP 8.2 Personalangelegenheiten; Stellenmehrung im Sachgebiet 23 - Sozialwesen

Abstimmung Stelle Sachbearbeitung Asyl

Mehrheitlich beschlossen Ja 12 Nein 1

Beschluss.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, eine 1,0 VZÄ befristet bis 31.07.2025 für die Sachbearbeitung Asyl ab 01.08.2022 in den Stellenplan aufzunehmen.

Abstimmung Stelle Sachbearbeitung Soziale Hilfen/Betreuungsstelle

Mehrheitlich beschlossen Ja 12 Nein 1

Beschluss.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, eine 0,75 VZÄ für die Sachbearbeitung Soziale Hilfen ab 01.08.2022 und eine 1,0 VZÄ für die Sachbearbeitung Betreuungsstelle (Verwaltung) ab 01.11.2022 in den Stellenplan aufzunehmen.

TOP 9 Anfragen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Landrat Matthias Dießl schließt um 09:35 Uhr die 13. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses.

Zirndorf, den 22.08.2022

Matthias Dießl
Landrat

Yvonne Greger
Schriftführer/in